Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile des amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachlaßanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 111. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 14. Mai 1926

Der gestürzte Kanzler.

Die so plötzlich durch den Streit um die Flaggen des Deutschen Reiches entstandene Krise ist zur Katastrophe geworden. Der Reichstag entzog in seiner Mittwochsitzung dem Reichskanzler Dr. Luther wegen seiner Haltung in der Flaggenfrage das Vertrauen. Der von der Demokratischen Partei gestellte Antrag lautete: „Der Reichstag mißbilligt die Haltung des Reichskanzlers, der durch sein Verhalten in der Flaggenfrage eine Gesamtlösung dieser Frage erschwert und in sorgenvoller Zeit einen neuen Konflikt ohne Not heraufbeschworen hat." Für diese Mißbilligung der Reichskanzlerpolitik wurden 176 Jastimmen und 146 Neinstimmen bei 103 Enthaltungen abgegeben. Damit war nach parlamentarischem Brauch das längere Verweilen des Kanzlers in seinem Amt unmöglich geworden. Die von den anderen Parteien vorher schon eingebrachten Mißtrauensanträge, so die der Völkischen und der Sozialdemokraten, waren glücklich noch umschifft worden, wenn auch nur mit kleinen Mehrheiten für die Regierung. Es stellte sich heraus, daß keine Meinung vorhanden war, um alle Kollegen des Kanzlers in seine Verantwortung einzubeziehen. Aber als dann der Name Dr. Luthers persönlich zur Entscheidung gestellt wurde, zeigte es sich, daß er von den Kommunisten bis zum Zentrum keinen genügenden Anhang mehr hatte. An dieser Erkenntnis änderte auch nichts die Tatsache, daß vorher der erste demokratische Antrag, der die von dem Reichspräsidenten an Dr. Luther gegebene Anregung, alle Kräfte zur Schaffung der Einheitsflagge im versöhnenden Sinne einzusetzen, in nichtnamentlicher Abstimmung begrüßt worden war. Der für den obersten Beamten des Reiches so ungünstige Ausgang wurde im wesentlichen dadurch herbeigeführt, daß die große Partei der Rechten, die Deutschnationalen, durch den Mund des Grafen Westarp verkündet hatten, sie würden sich der Abstimmung bei allen von den verschiedenen Seiten eingebrachten Mißtrauensanträgen enthalten. So ging das Verhängnis seinen Lauf. Luther hatte die Schlacht verloren, und es erhebt sich die Frage, was nun werden soll.

Die Situation ist verfahren genug. Die dringendsten Angelegenheiten stehen im Vordergrunde. Der Volksentscheid soll demnächst kommen, in Genf wird über die Umgestaltung des Völkerbundrats und damit erneut über die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund beraten.

Wir brauchten dringender als je in diesem Augenblick eine fest konsolidierte Regierung. Da entbrennt der Kampf um Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gold und lodert zu heller Flamme auf. Einen Augenblick hatte es geschienen, als wenn die Erregung sich legen sollte, da der Brief des Reichspräsidenten mit dem Vorschlag der Beilegung des alten Streits durch die Schaffung einer Einheitsflagge beruhigend wirkte. Man sprach sogar davon, die umstrittene Flaggenverordnung werde bis zum 1. August ausgesetzt. Bis dahin könne man hoffen, eine Lösung im Sinne des Reichspräsidentenvorschlages gefunden zu haben. Nun verlangten die Demokraten in dieser Beziehung bestimmte Zusicherungen, zu denen sich Dr. Luther nicht verstehen konnte. Er betonte wiederholt, die Flaggenverordnung sei in Kraft und bleibe in Kraft und nur einige Vorbereitungen könnten ihre definitive Anwendung hinauszögern. Mit dieser ausweichenden Antwort stellte der Kanzler seine Kritiker nicht zufrieden. Sie bliesen heftiger wie zuvor zum Vormarsch gegen ihn und er wurde überrannt.

Ob es etwas für sich hat, der Behauptung Glauben zu schenken, die im Reichstage kolportiert wurde, daß Dr. Luther nach seinem zu erwartenden Rücktritt abermals mit der Kabinettsbildung betraut werde, ließ sich nicht absehen. Jedenfalls trat das Gesamtkabinett alsbald nach dem Schluß der bedeutungsvollen Reichstagssitzung zusammen, um über die Lage Beschluß zu fassen. Wer wird der kommende Mann sein?

*

Der Kabinettsbeschluß.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 12. Mai. Das Reichskabinett beschloß heute nachmittag auf Grund des Ergebnisses der heutigen Reichstagsverhandlungen, dem Herrn Reichspräsidenten die Gesamtdemission zu überreichen. Der Reichskanzler begab sich im Anschluß an die Kabinettssitzung zu dem Herrn Reichspräsidenten, um ihm diesen Beschluß zu unterbreiten. Der Herr Reichspräsident nahm die Demission entgegen, ersuchte jedoch den Reichskanzler und die Reichsminister, die Geschäfte weiterzuführen.

*

Sitzungsbericht.

(200. Sitzung.) CB. Berlin, 12. Mai.

Der Reichstag setzte die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die Flaggenverordnung fort.

Stellungnahme der Demokraten.

Dabei erklärte als erster Redner der Abg. Koch-Weser (Dem.), daß die demokratische Fraktion die Krise, die der Reichskanzler durch sein unüberlegtes Vorgehen herbeigeführt habe, nicht ohne schwere Sorge gesehen hatte. Die Ansichten auf die Außenpolitik, auf die Wirtschaftspolitik und auf die Handelspolitik seien dabei maßgebend gewesen. Diese Bedenken wären bei einer Minderheit der Fraktion überwiegend und so stark gewesen, daß er sie nur mit Rücksicht auf die Einigkeit der Partei zurückgestellt hätte; aber es hätte die Auffassung gesiegt, daß diese durch den Kanzler ohne Not heraufgeholte Krise bewiesen habe, daß eine

Zusammenarbeit mit dem Kanzler nicht mehr möglich

sei. Indem der Reichskanzler am Dienstag, als die Koalition noch bestand, für die Deutschnationalen optiert hätte, indem er sich in der Frage des Ausschubs der Verordnung ihren Wünschen gebeugt habe, habe er die künftige Entwicklung seiner Politik bestimmt. Angewiesen auf die Unterstützung der Deutschnationalen werde er keine Handelspolitik, keine Außenpolitik machen können, die die Demokraten mitverantworten können. Er erkenne an, daß der Reichskanzler große Verdienste auf dem Gebiete der Außenpolitik, der Finanzpolitik und der Wirtschaftspolitik habe, die in der Geschichte unvergänglich bleiben würden, aber der Reichskanzler, der unpolitisch mit rechtspolitischem Unterbewußtsein sei, hätte auch denjenigen, der wisse, daß in jeder Koalition Opfer zu bringen seien, immer wieder ohne Not vor untragbare Opfer gestellt. Wenn diese vom Reichskanzler unnötig heraufbeschworene Krisis zu der Überzeugung führe, daß, wer die Gefühlswerte der neuen Zeit nicht verstehe und würdige, kein deutscher Kanzler sein könne, dann sei diese Krise nicht erfolglos gewesen.

Abg. von Graefe-Mecklenburg (Völk.) meinte, der Vorredner hätte seine Polemik jetzt gegen einen Parteigenossen im Kabinett gerichtet, dessen Stelle er selbst gern bei der Neubildung der Regierung eingenommen hätte. Wenn man, so fuhr der Redner fort, auch mit Herrn Dr. Luther menschliche Sympathie haben könne, mit seiner Politik könnte seine Partei nicht sympathisieren. Der ganze Konflikt sei heraufbeschworen durch die Nationalversammlung. Die Demokraten hätten damals angeblich verhindern wollen, daß die rote Flagge durchdrang. Das wäre aber noch besser gewesen, dann hätte das Volk gewußt, woran es sei. Die Mitverwendung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge mit der unseligen Gösch neben der Reichsflagge sei für seine Partei kein Fortschritt, sondern im Gegenteil, die Vergrößerung der Gösch auf der Handelsflagge und ihre Anbringung auf der Dienstflagge der Behörden über See sei eine Verschlechterung. Seine Partei habe selbst einen Mißtrauensantrag eingebracht und beantrage sowohl dabei wie bei den Sozialdemokraten die getrennte Abstimmung über die Begründung und das Mißtrauensvotum an sich, damit niemand sich mit einer leeren Geste drücken könne.

Der Reichspräsident habe den besten Willen,

versöhnend zu wirken, aber er habe Ratgeber um sich, die er nicht selbst ausgewählt habe, die auf schwarz-rot-goldenem Boden stünden und den Reichspräsidenten durch ihren unseligen Einfluß hemmten.

Präsident Löbe erklärte, daß die Trennung der Abstimmung über einen Antrag in verschiedene Teile nur mit Zustimmung der Antragsteller zulässig sei.

Abg. Höllein (Komm.) meinte, die Sozialdemokratie wolle nur in die Regierung hinein, wie sie bisher schon die Technische Nothilfe der Regierung der Bourgoisie gewesen sei.

Abg. Dr. David (Soz.) erklärte, die Sozialdemokraten haben, um nicht Zwietracht ins Volk zu werfen, auf die rote Fahne verzichtet, um in Schwarz-Rot-Gold alles zusammenfassen zu können. Seine Partei hätte damit nicht die schwarz-weiß-rote Fahne heruntergeholt, denn sie sei nirgends mehr zu sehen gewesen. Auf allen öffentlichen Gebäuden hätte nur die rote Fahne geweht. Es soll ein Aufmarschplan für einen Marsch gegen Berlin entdeckt worden sein; die Gefahr der Monarchie sei also in Deutschland noch nicht behoben.

Abg. Graf Westarp (Dtn.) legte zuerst Verwahrung gegen das Vorgehen der preußischen Behörden gegen die angeblichen Putschversuche ein und fragte die Reichsregierung, ob eine Fühlungnahme vorher mit ihr stattgefunden habe. Die Flaggenverordnung vom 5. Mai begrüßten und billigten auch seine Freunde im Sinne der Auslandsdeutschen. Sie seien aber nicht einverstanden mit der Haltung der Regierung bei den Verhandlungen in diesem Hause. Auch

der Brief des Reichspräsidenten

schaffe noch keinen Ausgleich. Der Redner erklärte dann nach weiteren längeren Ausführungen, daß seine Partei bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge Stimmenthaltung üben werde.

Reichsinnenminister Dr. Külz

erinnerte daran, daß Polizei und Justiz in erster Linie Angelegenheiten der Länder seien. Selbstverständlich nehme das Reich an dem Vorgehen der Polizei das nachdrücklichste Inter-

Dr. Geßler versucht die Bildung eines neuen Kabinetts

Dr. Geßler stellvertretender Reichskanzler.

Berlin, 13. Mai Geleitet von dem Bestreben, dem deutschen Volke eine politisch und wirtschaftlich schädigende längere Regierungskrise zu ersparen, hat der Reichspräsident von Hindenburg heute den Reichswehrminister Dr. Geßler, der auf telegraphische Aufforderung hin aus seinem Erholungsurlaub sofort nach Berlin zurückkehrte, darum gebeten, die Bildung einer Regierung zu übernehmen, und zwar auf der bisherigen Grundlage der Koalition der Mittelparteien. Dr. Geßler erklärte sich damit einverstanden, bat jedoch, seine endgültige Entscheidung erst am Freitag mittag geben zu dürfen, um zunächst einmal erst festzustellen, wie die in Frage kommenden Parteien zu seiner Kandidatur sich verhalten würden. Bereits zuvor war dem Reichswehrminister Dr. Geßler ebenfalls auf telegraphischem Wege mitgeteilt worden, daß der Reichspräsident die Amtsenthebung des bisherigen Reichskanzlers Dr. Luther genehmigt und Dr. Geßler als den dienstältesten Reichsminister mit der Weiterführung der Geschäfte des Reichskabinetts betraut habe.

Dr. Geßlers erste Bemühungen.

Berlin, 13. Mai. Reichswehrminister Dr. Geßler hat bereits heute nachmittag eine Fühlungnahme mit den Führern der Mittelparteien, also des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, aufgenommen. Diese Besprechungen führten natürlich noch zu keinem abschließenden Ergebnis, da die Parteiführer am Freitag vormittag von der neuen Sachlage zunächst einmal ihre Fraktionen unterrichten und deren Stimmung erkunden wollen. Immerhin dürfte Dr. Geßler bis Freitag mittag so weit im Bilde sein, daß er entscheiden können wird, ob er dem Ersuchen des Reichspräsidenten nachkommen kann oder nicht.

Der Bürgerkrieg in Polen.

Warschau. Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphenagentur haben sich einige Abteilungen der Truppen in der Gegend von Rembertow empört. Die Regierung hat, wie sie mitteilen läßt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung die notwendigen Maßnahmen ergriffen und vor allem die Hauptstadt vor den meuternden Soldaten geschützt. Der Präsident der Republik hat an die meuternden Soldaten einen Befehl erlassen, in dem er sie zur Besinnung mahnt und zur Unterwerfung auffordert. In einem Aufruf an das polnische Volk mahnt der Präsident gleichfalls zur Ruhe.

Warschau in der Hand Pilsudskis.

Von der polnischen Grenze, 12. Mai. Die Militärrevolution hat sich auf einen großen Teil von Polen ausgedehnt. Marschall Pilsudski erhielt heute nachmittag die Nachricht, daß die Regimenter in Kielce, Siedlce und Minsk-Mazowiecksowie in vielen anderen Städten sich ihm angeschlossen hätten und auf Warschau marschierten. Ueber Warschau wurde der Belagerungszustand verhängt. Alle Regierungsgebäude sind durch regierungstreue Truppen besetzt worden. Die Führung der Regierungstruppen soll General Sikorski übernommen haben. Die Regierung, die sich der Lage nicht mehr gewachsen fühlt, versuchte durch Mittelsmänner Verhandlungen mit Pilsudski aufzunehmen. Fast sämtliche Zugverbindungen von und nach Warschau sind eingestellt worden.

Nach anderen Meldungen soll Warschau nach heftigen Kämpfen bereits in der Hand Pilsudskis sein. Pilsudski soll mit dem Staatspräsidenten über die Neubildung einer Linksregierung verhandeln.

Alarmbereitschaft in Ostoberschlesien.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Gleiwitz, 13. Mai. Wie aus Kattowitz gemeldet wird, ist der Telephon- und Telegrammverkehr nach dem Auslande vollkommen gesperrt. Auch für das Militär in Ostoberschlesien ist Alarmbereitschaft angeordnet worden. Die polnische Presse drückt die Befürchtung aus, daß dieser Putsch, wenn die Gegensätze zwischen rechts und links sich nicht überbrücken lassen, nur der Vorbote zum allgemeinen Bürgerkrieg in Polen sein dürfte.

Ermordung eines polnischen Regimentskommandanten.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Lemberg. In der Kaserne des 6. Kavallerieregiments in Zolkiew erschoß ein Wachtmeister wegen einer ihm erteilten Rüge den Regimentskommandanten, Obersten Objedzinski und einen anderen Wachtmeister und versuchte dann, sich zu töten, brachte sich jedoch nur leichte Verletzungen bei und wurde verhaftet.

Der englische Generalstreik beendet!

Fortsetzung des Bergarbeiterstreiks.

Nach einer Reutermeldung hat der Generalstreik in England sein Ende gefunden. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat, um die Fortführung der Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern zu ermöglichen, den Generalausstand abgesagt und die Arbeiter aufgefordert, so rasch als möglich zur Arbeit zurückzukehren. Der Ausstand der Bergarbeiter geht unverändert weiter.

Die offiziellen Friedensverhandlungen haben bereits begonnen. Wie es heißt, soll dem Bergbau zunächst weiterhin eine kurzfristige Subvention zur Bezahlung der Bergarbeiterlöhne gewährt werden.